

86.397

Postulat Aregger
Kantonsstrasse Dagmersellen–Wolhusen.
Aufwertung
Route cantonale Dagmersellen–Wolhusen.
Revalorisation

Wortlaut des Postulates vom 20. März 1986

Der Bundesrat wird eingeladen, die Strasse Dagmersellen–Wolhusen in die Liste der Hauptstrassen aufzunehmen.

Texte du postulat du 20 mars 1986

Le Conseil fédéral est prié d'intégrer la route Dagmersellen–Wolhusen dans la liste des routes principales.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Fischer-Sursee, Schärli, Schnider-Luzern, Tschuppert, Villiger (5)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Kantonsstrasse Dagmersellen (N 2)–Wolhusen (T 10) hat seit der Eröffnung der N 2 eine grosse Bedeutung bekommen. Sie bildet die wichtigste Verkehrsverbindung von den Bevölkerungszentren des Mittellandes ins Luzerner Berggebiet. Die Entwicklungsregion «Luzerner Berggebiet» wurde von einem Nationalen Forschungsprogramm als wirtschaftlich sehr schwach bezeichnet. Diese Region ist deshalb dringend auf einen leistungsfähigen Verkehrsträger angewiesen. Zum gleichen Schluss kommen das Regionale Entwicklungskonzept, die regionale und die kantonale Raumplanung.

Das neue Treibstoffzollgesetz vom 22. März 1985 schafft die Möglichkeit, wichtige Strassenzüge als Hauptstrassen zu bezeichnen. Damit kann der Bund die Kantone mit zweckgebundenen Mitteln aus dem Treibstoffzollertrag finanziell wesentlich entlasten.

Die Strasse Dagmersellen–Wolhusen erfüllt die im Artikel 12 Absatz 4 Buchstaben b und c genannten Voraussetzungen für die neue Bezeichnung als Hauptstrasse.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 7. Mai 1986

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 7 mai 1986

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.404

Postulat Renschler
Analyse der eidgenössischen
Abstimmungsergebnisse. Bundesbeitrag
an die Schweizerische Gesellschaft
für praktische Sozialforschung
Analyse des scrutins fédéraux.
Aide financière à la Société suisse
de recherches sociales pratiques

Wortlaut des Postulates vom 20. März 1986

Der Bundesrat wird eingeladen, die Gewährung eines Unterstützungsbeitrages an die von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) durchgeführten VOX-Nachanalysen der eidgenössischen Urnengänge zu prüfen. Im Zusammenhang mit der VOX-Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung über den UNO-Beitritt drängt

sich ferner die Frage auf, ob der Bundesrat die GfS nicht mit Zusatzuntersuchungen beauftragen soll, um die Gründe für das Abstimmungsverhalten der Stimmenden in ihrer ganzen Vielfalt repräsentativ zu analysieren.

Texte du postulat du 20 mars 1986

Le Conseil fédéral est invité à envisager d'allouer une aide financière en vue de faciliter les analyses VOX des scrutins fédéraux, exécutées par la Société suisse de recherches sociales pratiques. En rapport avec l'analyse (VOX) consacrée à la votation populaire sur l'entrée de la Suisse à l'ONU, on se pose en outre la question suivante: Le Conseil fédéral ne devrait-il pas charger aussi cette société d'analyser de manière représentative et très nuancée les raisons du comportement électoral des citoyens, considéré sous tous ses aspects?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bircher, Braunschweig, Chopard, Euler, Fankhauser, Lanz, Reimann, Rubi, Stapung, Uchtenhagen, Wagner (11)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die VOX-Nachanalysen der GfS sind ein wertvolles Instrument, um das Wahl- und Abstimmungsverhalten der stimmberechtigten Bevölkerung zu ergründen. Um die Aussagekraft der Untersuchungen noch zu verstärken, sollte aber die Zahl der Interviews erhöht werden können. Auch ist es wünschenswert, dass die Analysen inskünftig regelmässig in deutscher und französischer Sprache herausgegeben werden können. Mit einem geringen finanziellen Beitrag des Bundes lassen sich die erwähnten Verbesserungen realisieren. Ein Unterstützungsbeitrag des Bundes hätte ferner noch den Vorteil, dass die finanzielle Trägerschaft für die VOX-Analysen auf eine breitere Basis gestellt werden könnte.

In Ergänzung zur Gewährung eines wiederkehrenden Beitrages an die GfS wäre es im Zusammenhang mit der eidgenössischen Volksabstimmung über den UNO-Beitritt tunlich, das Abstimmungsverhalten der stimmberechtigten Bevölkerung besonders gründlich und detailliert zu analysieren. Es ist anzunehmen, dass der massive Nein-Anteil nicht allein auf die Frage des UNO-Beitritts zurückzuführen ist. Die Vermutung liegt nahe, dass im Abstimmungsergebnis auch eine Demonstration der Unzufriedenheit über die Innenpolitik zum Ausdruck kommt. Darüber Näheres zu erfahren, dürfte für die verantwortlichen Behörden in unserem Land von Interesse sein. Detaillierte Erkenntnisse über die Gründe des Unbehagens wären zu beschaffen, wenn der Bundesrat die GfS mit Zusatzuntersuchungen beauftragte.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 28. Mai 1986

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 28 mai 1986

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

85.941

Postulat Flubacher
Dokumentationsdienst der
Bundesversammlung. Presseschauen
Service de documentation de
l'Assemblée fédérale. Revues de presse

Wortlaut des Postulates vom 4. Dezember 1985

Die Dokumentationskommission wird beauftragt, ein neues Konzept für die Presseschauen des Dokumentationsdienstes der Bundesversammlung auszuarbeiten.

Texte du postulat du 4 décembre 1985

La Commission de documentation est invitée à revoir la formule des revues de presse faites par le service de documentation de l'Assemblée fédérale.

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In der Botschaft vom 17. Januar 1967 zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über den Dokumentationsdienst der Bundesversammlung hat der Bundesrat folgendes festgehalten:

«Für das Parlament von Interesse sind aber auch wichtige Stellungnahmen zu allgemeinen politischen Fragen. Auch diese wird der Dokumentationsdienst verfolgen und sie dem Parlament – je nach den Umständen ungekürzt oder nur auszugsweise – zugänglich machen. Als staatspolitisch besonders wertvoll erachten wir es, dass dabei den Ratsmitgliedern der einen Sprachgruppe auch Stimmen aus den übrigen Sprachgruppen zur Kenntnis gebracht werden.» Statt dem Parlament nur die «wichtigen Stellungnahmen» zuzustellen, ist der Dokumentationsdienst dazu übergegangen, Presseschauen zu verteilen, die immer umfangreicher sind und in denen die wichtigen Artikel mit Zeitungsausschnitten vermengt sind, deren Lektüre zur Beurteilung eines Entwurfs des Bundesrates nicht unerlässlich ist. Milizparlamentariern ist es kaum möglich, das Wesentliche vom Nebensächlichen zu trennen. Es fehlt ihnen auch an Zeit und Musse, umfangreiche Unterlagen zu lesen.

Da die Presseschauen als geheftete Sammlungen fotokopierter Artikelmontagen im A4-Format erscheinen und die Seiten nicht herausgetrennt werden können, lassen sich die wirklich wichtigen Artikel nicht beiseite legen.

Diese Situation hat zu zunehmender Kritik geführt. Die Dokumentationskommission wird deshalb beauftragt, für die Presseschauen ein neues Konzept auszuarbeiten. Zahl und Umfang sind herabzusetzen, und die Presseschauen sollen sich auf die wirklich wichtigen Stellungnahmen beschränken. Der Zweck, den man sich am Anfang gesetzt hat, wird auch so gut erfüllt.

Lassen die Pressekommentare eine Frage nicht in einem neuen Licht erscheinen, so sollte der Dokumentationsdienst von Presseschauen absehen.

Ganz allgemein muss der Dokumentationsdienst zur Erleichterung des Verständnisses darauf achten, dass seine Dokumentationen von Analysen und Synthesen begleitet sind.

Das Schwergewicht sollte auf der Qualität und nicht auf der Quantität liegen.

*Schriftliche Erklärung des Büros**Déclaration écrite du Bureau*

Das Büro beantragt dem Rat, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.301

**Interpellation der liberalen Fraktion
Konferenz der frankophonen Länder
Interpellation du groupe libéral
Sommet des pays francophones**

Wortlaut der Interpellation vom 3. März 1986

Wir stellen dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Weshalb hat er, nachdem er entsprechend der bisherigen Praxis eine Teilnahme an der Konferenz der frankophonen Länder abgelehnt hatte, seine Meinung geändert und zwei Beobachter nach Versailles entsandt?

2. Welche Lehren hat er aus der Teilnahme im Beobachterstatus gezogen?

3. Welche Folge gedenkt er den Projekten zu geben, die in Versailles zur Sprache kamen?

4. Was wird er unternehmen, damit Ministerkonferenzen, an denen Vertreter verschiedener Staaten teilnehmen, nicht als Zusammenkünfte verstanden werden können, die allein wegen der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Sprachgebiet einberufen worden sind?

Texte de l'interpellation du 3 mars 1986

1. Pour quels motifs, après avoir décidé, conformément à sa pratique constante, de ne pas participer à la Conférence des pays francophones, le Conseil fédéral a-t-il changé d'avis et a-t-il envoyé deux observateurs à Versailles?

2. Quels enseignements a-t-il tiré de cette participation en tant qu'observateur à ladite Conférence?

3. Quelle suite souhaite-t-il donner aux projets évoqués à Versailles?

4. Quelles mesures prendra-t-il pour que des Conférences ministérielles tenues entre représentants de différents Etats ne puissent être interprétées comme des réunions engendrées par l'appartenance commune à une zone linguistique?

*Sprecher – Porte-parole: M. Cavadini**Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Le Conseil fédéral avait décidé de ne pas accepter l'invitation qui lui avait été lancée par la France à participer à la Conférence des pays francophones. Au reste, il faut admettre que la forme donnée à cette invitation présentait des aspects peu acceptables tant on sentait la hâte, voire la désinvolture. En outre, ce sommet des Etats francophones s'inscrivait à une date proche d'une campagne électorale dans laquelle le président de la République française tient à s'engager très personnellement.

L'attitude du Conseil fédéral pouvait donc se justifier tant il est vrai que les fondements de notre Etat ne reposent pas sur les références linguistiques. Enfin, 41 représentants d'Etats et de gouvernements étrangers auraient très évidemment les plus grandes difficultés à limiter leurs intérêts et leurs interventions aux seules questions linguistiques et culturelles. On en eut immédiatement la preuve quand on vit éclore des propositions visant à «changer la face du monde» pour le président de la République démocratique de Madagascar, et tendant à «condamner le sionisme» d'après l'observateur vietnamien. On peut ajouter qu'on traita en outre du désendettement du tiers monde et l'on exprima sa réprobation à l'endroit de l'apartheid.

Or, le Conseil fédéral, cédant peut-être à certaines pressions, revint sur sa décision de s'abstenir de participer à la Conférence des pays francophones et délégua deux observateurs en la personne de M. Edouard Brunner, Secrétaire d'Etat et M. François de Ziegler, ambassadeur de Suisse en France. Ces péripéties revêtent une certaine importance politique.

Au reste, nous observons une ambiguïté regrettable quand un représentant au Conseil fédéral prend part à des conférences techniques mais qui ne regroupent que des ministres de langue allemande. La presse est encline à parler de «conférences germanophones» alors que les problèmes abordés intéressent à l'évidence d'autres interlocuteurs également.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates**vom 28. Mai 1986**Rapport écrit du Conseil fédéral du 28 mai 1986*

Comme le Conseil fédéral l'a souligné en réponse aux interpellations Friedli (18 décembre 1985 – Sommet francophone) et de Chastonay (18 décembre 1985 – Conférence des pays francophones) ainsi qu'au postulat Gehler (19 décembre 1985 – Représentation suisse à un «sommet francophone»), les autorités fédérales ont eu à se prononcer, en décembre 1985 et en janvier 1986, sur deux objets

Postulat Flubacher Dokumentationsdienst der Bundesversammlung. Presseschauen

Postulat Flubacher Service de documentation de l'Assemblée fédérale. Revues de presse

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.941
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.06.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	965-966
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 437

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.